

unser sozialistischer und darum humanistischer Staat entstand und seine gute Entwicklung nimmt — ein Staat, dessen Humanismus daraus erwuchs, daß in ihm erstmals in der deutschen Geschichte die Arbeiter und Bauern die politische Macht in den Händen halten, daß Sozialismus und Demokratie in der Tat eine Einheit bilden. Freilich, die Methoden imperialistischer und rechtssozialdemokratischer ideologischer Konterbande wandelten sich.

Ausgerechnet zur gleichen Zeit, da die Herrschenden in Bonn ihre Staatsmacht mit allen Mitteln autoritär ausbauen und mit dem bereits seit Anfang der sechziger Jahre konzipierten Komplex der „inneren Staatsreform“ zum System der formierten Machtausübung übergangen, „empfahl“ man uns eine „Liberalisierung“ des Staates. Als das westdeutsche Finanzkapital, wie es der Bundesverband der (West-)Deutschen Industrie 1964 forderte, den „Schlußabschnitt einer fünfzehnjährigen Nachkriegsgeschichte“¹ setzte und alle seine ökonomischen, politischen und ideologischen Machtmittel auf die verschärfte Expansion konzentrierte, „riet“ man unserem sozialistischen Staat, seine Macht zu „dezentralisieren“. Einer mit allen Notstandsermächtigungen ausgerüsteten „starken Staatsexekutive“ des Rüstungs- und Finanzkapitals sollte eine „liberalisierte“, „dezentralisierte“ (sprich: aufgeweichte) Arbeiter-und-Bauern-Macht, einem ideologisch formierten, aggressiven Imperialismus ein „liberalisierter“, d. h. der bürgerlichen Ideologie offener Sozialismus gegenüberstehen. In der Auseinandersetzung mit diesen Phrasen von der „Liberalisierung“ und „Dezentralisierung“, vom „menschlichen“ oder „demokratischen“ Sozialismus oder wie auch immer bezeichnet geht es um Grundfragen der unerbittlichen Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus, um Grundfragen der Macht, letztlich auch um Krieg und Frieden. Wir Marxisten-Leninisten in der DDR haben das in der ständigen, unmittelbaren Konfrontation mit dem westdeutschen Imperialismus deutlich genug erfahren und dank der konsequenten Politik unserer Partei einen solch erfolgreichen sozialistischen Weg beschritten. Aber es ist aufschlußreich, die Rolle des Sozialdemokratismus weiter zu verfolgen. Brandt, Wehner und Schiller und ihresgleichen empfehlen der DDR und den anderen sozialistischen Ländern einen „besseren“, einen „demokratischen“ Sozialismus. Und sie haben sich dabei auch etwas einfallen lassen: Dieser „bessere“ Sozialismus müsse zugleich ein „offener“ oder „pluralistischer“ sein. Sie lassen es wahrlich nicht an Schlag Worten fehlen, um nur eines zu erreichen: die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse, die politische Macht der Arbeiter und Bauern zu untergraben.

Es ist ratsam, zunächst einen kurzen Blick auf das Schicksal dieser sozialdemokratischen Theorien von der „offenen“, „mündigen“ oder „pluralistischen“ Gesellschaft in der westdeutschen Wirklichkeit selbst zu werfen. Was haben alle diese Verheißungen, nachdem sozialdemokratische Minister nun endlich die Bürden von Kiesinger und Strauß mittragen dürfen, den sozialdemokratischen Arbeitern, den Gewerkschaftlern, den Bauern und Geistes-schaffenden in Westdeutschland gebracht?

Auf »dem Dortmund Parteitag 1966 verhiß der derzeitige sozialdemokratische Wirtschaftsminister Schiller den Wählern, Mitgliedern und Funktionären eine „Alternative“ zur Konzeption der „formierten Gesellschaft“ der CDU/CSU. „Unsere Alternative lautet daher konsequenterweise: die mündige Gesellschaft. Das ist das Gegenmodell zu dem Phantom der formierten Gesellschaft“².

¹ Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Kjöln 1964, S. 9

² Diese und die folgenden Angaben sind dem Protokoll des Parteitages der SI¹ in Dortmund, 1. bis 5. Juni 1966, entnommen.